

2 Die Grenzen von Macht (und Vorstellungskraft) der Sieger: ein Blick aus Versailles

Als sich im Januar 1919 die Friedenskonferenz in Paris versammelte, wurde ihre grundlegende Aufgabe von einem Teilnehmer der amerikanischen Delegation unmissverständlich definiert: „das Chaos im praktisch gesamten Europa östlich des Rheins ordnen“ (*to bring about order out of chaos in practically all of Europe east of the Rhine*)¹⁴. So war jedenfalls die Überzeugung der Anführer der im Großen Krieg siegreichen Mächte: dass sie imstande sein sollten, eine neue Ordnung zu errichten, und dieses auch zu tun. Sie verstanden dies auf eine nicht einheitliche Art und stritten sich über ihren Sinn und die Form. Zu diesen Auseinandersetzungen gibt es heute bereits eine sehr umfangreiche Forschungsliteratur. Einig war man sich jedoch darüber, dass sie das Recht, ja die moralische Pflicht, hätten, die von ihnen ausgehandelte Ordnung auf dem gesamten Gebiet einzuführen, dass der Große Krieg erfasst hatte.

Ein Jahr später, am 10. Januar 1920, trat der Vertrag mit Deutschland in Kraft. Formell begann die Tätigkeit des Völkerbunds. Man trat in eine Probephase für jene Ordnung ein, die die Anführer der siegreichen Mächte einführen wollten. Kann man diese aber tatsächlich komplett siegreich nennen? In welchem Bereich? Wie weit reichte jene Ordnung, die sie der Nachkriegsrealität aufzwingen wollten?

Der Frühling 1920 brachte eine ganze Reihe von Ereignissen, im Kontext derer diese Fragen eine überaus praktische Bedeutung erlangten. Am 13. März versuchten der Anführer der Deutschen Vaterlandspartei Wolfgang Kapp und der General Walther von Lüttwitz in Berlin von rechts zu putschen. Ein Erfolg hätte die Versailler Ordnung in ihrem Kern, in Deutschland, komplett zerstört. Nachdem sie keine deutliche Unterstützung von Seiten der Reichswehr erhalten hatte, floh die sozialdemokratische Regierung Gustav Bauers nach Dresden und dann nach Stuttgart. Der von ihr organisierte Generalstreik lähmte die Putschisten jedoch rasch und zwang sie zur Kapitulation. Die Kommunisten, die den Streik zur Verteidigung der sozialdemokratischen Regierung nicht unterstützt hatten, unternahmen selbst den Versuch, das bestehende Chaos zum Sturz der Regierung Bauer zu nutzen. Am 3. April schickte die neue Regierung Hermann Müller Truppen in das vom kommunistischen Aufstand erfasste Ruhrgebiet rechts des Rheins und brach dadurch die Bedingungen des Versailler Vertrags, der das Rheinland zur entmilitarisierten Zone erklärt hatte. Dies wiederum provozierte Frankreich zu einer Vergeltungsak-

¹⁴ Mit diesen Worten fasste der Rechtsberater der amerikanischen Regierung, David Hunter Miller, die Aufgabe der Konferenz zusammen: Zitiert nach Arno J. Mayer, *Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles, 1918–1919*, New York 1967, S. 8.

tion. Drei Tage später marschierten französische Soldaten in Frankfurt und einigen anderen Städten Westdeutschlands ein.

Am 16. März rückten britische, und nach ihnen französische und italienische, Truppen in Konstantinopel ein, der Hauptstadt einer anderen im Krieg besiegten Macht. Ziel dieser Aktion war es, die Fortschritte der nationaltürkischen Bewegung unter Führung Mustafa Kemals aufzuhalten, der jener Ordnung (im Grunde eher Demütigung), die die Westmächte der Türkei aufzwingen wollten, den Fehdehandschuh hingeworfen hatte. Die im Grunde koloniale Ordnung, die zwischen Frankreich, Großbritannien und Italien vereinbart worden war, wurde zu jener Zeit auch im arabischen Teil des geteilten Osmanischen Reichs bedroht: gleichfalls im März rief sich Faisal Ibn Hussein zum König von Syrien aus und proklamierte dessen Unabhängigkeit (mit dem Libanon und Palästina). Bis zum Juli 1920 mussten französische Truppen seine Anhänger mit Waffengewalt aus Syrien vertreiben.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung, die die Entente-Mächte einführen wollten, erforderte den Einsatz militärischer Gewalt oder finanziellen Drucks. Die bedeutende Erforscherin des Versailler Systems Margaret MacMillan (eine Urenkelin Lloyd Georges) formulierte das so: „Macht verbindet sich mit Willen [...]: dem Willen, entweder Geld zu geben oder das Leben [ihrer Bürger]. Im Jahre 1919 wurde dieser Wille unter den Europäern gebrochen; der Große Krieg bedeutete, dass die Führer Frankreichs oder Großbritanniens oder Italiens nicht mehr die Fähigkeit besaßen, den Bürgern ihrer Länder zu befehlen, einen noch höheren Preis für ihren Status als Macht zu zahlen“¹⁵. Diese zutreffende Beobachtung erfordert jedoch eine gewisse Präzisierung. Sie wird erleichtert durch die gerade genannten Beispiele für die Reaktionen der Mächte auf die Herausforderungen, denen die Ordnung, die sie bewahren wollten, nun gegenüberstand. In Deutschland waren die Franzosen im Jahre 1920 bereit für eine Reaktion, sogar unter (begrenztem) Einsatz militärischer Gewalt. Ähnlich die Briten in Konstantinopel. Die in die kognitiven Karten der Politiker, aber auch eines bedeutenden Teils der öffentlichen Meinung dieser Länder, eingeschriebene Geopolitik zeigte eine Entschlossenheit zur Anwendung von Gewalt – oder ihr Fehlen. Deutschland war für Frankreich von grundlegender, ja lebenswichtiger Bedeutung – die Behauptung der Kontrolle über Berlin und mehr noch über das Rheinland und das Ruhrgebiet waren die Grundlage der französischen Nachkriegsordnung.

¹⁵ „Power involves will [...]: the will to spend, whether it be money or lives. In 1919 the will had been crippled among the Europeans; the Great War meant that the leaders of France or Britain or Italy no longer had the capacity to order their peoples to pay a high price for power“ (MacMillan, *Peacemakers*, S. 7).

Für (einen großen Teil) der britischen Politik hingegen war die Erinnerung an die entscheidende Bedeutung der Türkei, insbesondere der Meerengen am Schwarzen Meer und Konstantinopels, auf dem Weg von London nach Indien immer noch wichtig und mobilisierend. Wichtig war natürlich auch das Gleichgewicht zwischen den Kräften, die zur Stabilisierung der erträumten „Ordnung“ in der gewählten Region eingesetzt werden sollten, und der Bedeutung dieser Region für die imaginären Interessen einer bestimmten Macht. Um die Anhänger Faisals aus Damaskus zu vertreiben, war es nicht notwendig, eine ganze Armee einzusetzen, Bataillone reichten aus. In Anbetracht der Tatsache, dass Deutschland bereits weitgehend entwaffnet war, erforderte die Kontrolle des Rheinlands auch keine große und kostspielige Operation (auch im Sinne einer Bedrohung des Lebens vieler französischer Soldaten). Ähnlich war die Einnahme Konstantinopels, das von keiner Garnison verteidigt wurde, im Frühjahr 1920 kein besonders riskanter Schritt (aus militärischer Sicht). Dieses Verhältnis zwischen politischem Willen und Risiko reichte aus, um die Dinge zumindest in Gang zu bringen.

Eine Aufgabe, die unvergleichlich wichtiger war als die Einflussnahme auf die Zukunft der Türkei und des gesamten ehemaligen Osmanischen Reiches und die noch schwieriger zu bewältigen war als das besiegte Deutschland (zumindest in den Jahren 1919 und 1920) zu zwingen, sich an die Bedingungen des Versailler Vertrags zu halten, war die Lösung des „russischen Problems“. Von seiner Bewältigung hing die endgültige Konsolidierung oder Destabilisierung des gesamten Versailler Systems ab. Russland war am Pariser Konferenztisch nicht anwesend. Der zaristische Staat, seit März 1917 eine Republik, ein großer Partner der Siegermächte im Weltkrieg, fiel durch den bolschewistischen Putsch und den Separatfrieden mit dem Deutschen Reich in Brest-Litovsk, den die neuen Machthaber in Petrograd und Moskau im März 1918 geschlossen hatten, aus der Koalition heraus. Die Bol'seviki überlebten den Untergang ihrer Brester Partner und hielten sich in einem siegreichen, wenn auch im Frühjahr 1920 noch nicht beendeten Kampf mit den Kräften des „weißen“ Russlands (verschiedener politischer Couleur) an der Macht. In den Randgebieten des ehemaligen Romanov-Reiches entstanden neue Nationalstaaten (und brachen dann unter den Einfluss der bolschewistischen „Rückeroberung“ zusammen). Gleichzeitig fehlte dem Versailler System in Europa ein östlicher Pfeiler.

Bis März 1920 waren die Entente-Mächte zusammen mit den Vereinigten Staaten nicht in der Lage gewesen, dieses Problem zu lösen, und auch unabhängig davon hatten sie keine zufriedenstellende Lösung gefunden. Den vom Großen Krieg müden Gesellschaften fehlten die Kräfte oder vielmehr der Wille, sie einzusetzen, jedenfalls in einem Ausmaß, wie es der Versuch erfordert hätte, Russland, dem territorial größten Imperium der Welt (nach Großbritannien), Lösungen aufzuzwingen, die sich in die von den Siegermächten erträumte Nachkriegsordnung

„einfügten“. Darüber hinaus hatten die Führer dieser Mächte noch nicht einmal eine gemeinsame, kohärente und konsistente Politik gegenüber Russland, der bolschewistischen Revolution, der Aussicht auf deren Expansion oder Niederschlagung mit Hilfe des „weißen“ Russlands oder schließlich dem Problem der territorialen Veränderungen auf dem Gebiet des ehemaligen Romanov-Reiches und in der Sphäre seiner traditionellen geopolitischen Ambitionen ausgearbeitet. Gegensätzliche Motive und Bestrebungen kreuzten und neutralisierten sich oft, nicht nur zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, sondern auch im Aufeinanderprallen der Einflüsse verschiedener Interessengruppen und einzelner Persönlichkeiten, die die „Osteuropapolitik“ der einzelnen Westmächte prägten. Es gab die Überzeugung, dass der Bolschewismus um jeden Preis bekämpft werden müsse, es gab Bestrebungen, den russischen Staat an der Peripherie zu schwächen, die in der zwischenimperialen Rivalität eine wichtige Rolle spielte, es gab Tendenzen, das „weiße“ Russland als den natürlichen Verbündeten in Osteuropa zu betrachten, den es nur zu unterstützen gelte, oder jede Art von Russland einfach als eine Art östliche Versicherungspolice gegen den deutschen Revisionismus zu betrachten, es gab Annahmen über eine liberale Vision einer neuen Weltordnung, zu der man hoffte, auch die Bol'sheviki „bekehren“ zu können, und es gab noch viele andere Faktoren mehr.

Keine dieser Annahmen oder Überzeugungen beherrschte die strategische Planung und das Verhalten der demokratischen Mächte des Westens vollständig – und sei es nur, weil sie demokratisch waren und ihre außenpolitischen Ziele (zumindest größtenteils) im Zuge einer öffentlichen Debatte formuliert wurden, die für eine Vielzahl von Argumenten, Motiven und Interessen offen war. Infolgedessen gab es keine einheitliche, kohärente Politik der westlichen Sieger gegenüber Russland und Osteuropa, was von enormer Bedeutung dafür war, dass die wichtigsten Entscheidungen, die dieses riesige Gebiet betrafen, an der Schwelle zum Frühjahr 1920 in den Händen seiner Bewohner lagen, oder vielmehr in den Händen der politischen Kräfte, die dort die Herrschaft errungen hatten und miteinander konkurrierten. Bei diesen Kräften handelte es sich einerseits um das bolschewistische Russland und andererseits um diejenigen, die bereit waren, sich im Namen nationaler Interessen gegen das bolschewistische Russland zu stellen (obwohl 1920 im Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Ostsee noch viele andere „Parteien“ gegeneinander kämpften, scheinen diese beiden für die Zukunft der gesamten Region am entscheidendsten gewesen zu sein).

Für die Schöpfer des Versailler Systems bedeutete diese Situation jedoch, dass es ihnen noch nicht gelungen war, das „Chaos“ zu beherrschen, aus dem sie Europa nach dem Weltkrieg herausholen wollten. Sie waren immer noch auf der Suche nach einem Partner für die Aufrechterhaltung der neuen Ordnung in Osteuropa. Haben sie ihn nur im nichtbolschewistischen Russland gesehen? Oder in jedem,

letztlich sogar im bolschewistischen Russland? Oder in einem System von Nachfolgestaaten der russischen Herrschaft in Osteuropa – mit Polen als zentralem Glied in einem solchen System? Betrachten wir zunächst, wie dieses Problem an den Ufern des Potomac bewertet wurde. Präsident Thomas Woodrow Wilson gilt in Polen als der wichtigste Verfechter der polnischen Unabhängigkeit im Jahr 1918. Tatsächlich aber führte die Haltung Wilsons und der von ihm bis September 1919 dominierten amerikanischen Diplomatie nicht dazu, dass Polen als ernsthafterer Faktor in der europäischen Nachkriegsordnung wahrgenommen wurde. Die Vierzehn Punkte in Wilsons Rede vor dem US-Kongress am 8. Januar 1918, die die Grundlage für die weitere Ausarbeitung dieser Ordnung bildeten, enthielten zwei Punkte, die für die Festlegung der amerikanischen Politik gegenüber Osteuropa besonders wichtig waren. Der für die Polen wichtige Punkt 13, der den Wiederaufbau eines unabhängigen polnischen Staates vorsah, enthielt einen klaren Vorbehalt, der ihn in seiner praktischen Bedeutung in die Nähe der parallelen britischen Vorschläge für ein „kleines“, „ethnographisches“ Polen brachte. Demnach sollte der polnische Staat „Gebiete umfassen, die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnt werden“. Während dies in Bezug auf die Westgrenzen die Möglichkeit der Rückgabe von Gebieten eröffnete, die bis zu den Grenzen von 1772 zurückreichten, hätte es sich im Osten um die Grenzen handeln können, durch die der Wiener Kongress 1815 das Königreich Polen (d. h. einen kleinen Staat, der im Osten von der Bug-Linie umschlossen war) vom „eigentlichen“ Russischen Reich und allen bis 1795 von Russland besetzten Gebieten der Polnisch-Litauischen Adelsrepublik getrennt hatte. Dass dies in der Tat die Vision für die territoriale Ordnung Osteuropas nach dem Krieg gewesen sein könnte, zeigt Punkt 6 von Wilsons Friedensprogramm, der die Forderung nach der Evakuierung „des gesamten russischen Territoriums“ durch die Besatzungsarmee enthielt¹⁶. In Ermangelung einer Klärung der Bedeutung des Begriffs „gesamtes russisches Territorium“ war es naheliegend, dass der Präsident der Vereinigten Staaten lediglich die Notwendigkeit betonte, die territoriale Integrität Russlands innerhalb seiner nationalen Grenzen von 1917 zu wahren. Die prinzipienfeste Linie der US-Diplomatie in den folgenden Jahren bestätigte diese Interpretation.

Dies wird auch durch die Einbeziehung der beiden „osteuropäischen“ Punkte in den Kontext bestätigt, der für Wilsons gesamtes Projekt einer Nachkriegsordnung am wichtigsten war. Dieser Kontext wurde durch Punkt 14 geschaffen, in dem die Gründung des späteren Völkerbundes angekündigt wurde. Die neue Orga-

¹⁶ Der Text von Wilsons Erklärung mit den 14 Punkten siehe in deutscher Sprache u. a. in: Der Waffenstillstand 1918–1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstands-Verhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel, Bd. 1, Berlin 1928, S. 3–6, www.documentarchiv.de/in/1918/14-punkte-wilsons.html (4.3.2022).

nisation sollte eine Lösung für alle möglichen Dilemmata oder Streitigkeiten bieten, die in der internationalen Politik auftreten könnten. Wilson teilte in einem Gespräch mit dem Vertreter des polnischen Nationalkomitees, Roman Dmowski, mit, wie er mögliche Zweifel, die an der Schnittstelle zwischen den in Punkt 6 enthaltenen Grundsätzen und der Botschaft von Punkt 13 entstanden sein könnten, ausräumen wollte. Am 13. September 1918 versuchte der Führer der Nationaldemokratie in Washington, Wilson mit strategischen und geopolitischen Argumenten von der Notwendigkeit des Wiederaufbaus eines großen Polens zu überzeugen – im Namen seiner Fähigkeit, wirksam als Barriere sowohl gegen den deutschen Militarismus als auch gegen das gesellschaftliche Chaos in Russland zu wirken. Dmowskis Argumentation, zu der auch seine Vorstellung von der Ukraine als Instrument des deutschen Imperialismus gehörte, blieb vielleicht nicht ohne Einfluss auf einige von Wilsons politischen Beratern, die sich in der Vorbereitungskommission für die Friedenskonferenz (der so genannten *inquiry*) versammelten, deren antideutsche Haltung kam bei Außenminister Robert Lansing gut an. Der Präsident selbst schloss jedoch die Möglichkeit einer Argumentation in strategischen Kategorien aus – jedenfalls für „kleine Nationen“ wie Polen. Nach Wilsons Vorstellungen sollten sie nicht für ihre eigene Sicherheit verantwortlich sein. Sie sollte durch den Völkerbund garantiert werden. Doch damit er effizient funktionieren konnte, war eine konzertierte Zusammenarbeit der Großmächte erforderlich. Ein demokratisiertes Russland sollte neben den angelsächsischen Mächten und Frankreich (das von Wilson mit größerem Misstrauen behandelt wurde) zu einem Pfeiler der neuen internationalen Ordnung werden. Polen hingegen spielte keine aktive Rolle in diesem Prozess. Es hätte nur dann in den Genuss ihrer Segnungen kommen dürfen, wenn es sein Schicksal ganz in die Hände des Völkerbundes gelegt hätte, und zwar in strikter Übereinstimmung mit dem Wortlaut von Absatz 13¹⁷.

Faktisch sah Wilsons Projekt vor, die Außenpolitik der einzelnen Staaten aufzulösen. Tatsächlich waren es aber die kleineren Staaten, die als erste darauf verzichten sollten. Die Großmächte, die die Hoffnungen des amerikanischen Präsidenten auf eine Übernahme des liberalen Politikmodells erfüllten, sollten die Hüter der neuen Ordnung sein. In Osteuropa war es Russland, das in dieser amerikanischen Vision „natürlich“ dazu prädestiniert war, der gute Hüter der in-

17 Siehe Roman Dmowski, *Polityka polska i odbudowanie państwa*, Warszawa 1988, bearb. v. Tomasz Wituch, Bd. 2, S. 86–87; Marian Leczyk, *Komitet Narodowy Polski a Ententa i Stany Zjednoczone 1917–1918*, Warszawa 1966, S. 215–220; Kay Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles, 1918–1919*, Odense 1979, S. 84–86.

ternationalen Ordnung zu sein¹⁸. Man kann nur halb im Scherz hinzufügen, dass die Sympathie der Präsidentialverwaltung und vor allem ihres Chefs für den Grundsatz der Wahrung der territorialen Integrität des zaristischen Russlands auch durch die Tatsache beeinflusst worden sein könnte, dass einer der wenigen amerikanischen (oder im weiteren Sinne angelsächsischen) Politiker, die sich positiv über die Ukraine und die Möglichkeit ihrer Abspaltung von Russland äußerten, Senator Henry Cabot Lodge war, der republikanische Erzfeind des Präsidenten¹⁹.

Es scheint jedoch, dass die Haltung Washingtons gegenüber Russland, dem Bolschewismus und Polen im Kontext dieser Herausforderungen nicht nur von den persönlichen Sympathien oder Antipathien des Präsidenten bestimmt wurde, sondern vor allem von der allgemeinen Vision einer neuen Weltordnung, die die demokratische Wilson-Administration in den Jahren 1918–1919 durchgängig präsentierte und zu verwirklichen versuchte. Ihre Grundannahmen wurden von Außenminister Robert Lansing in einem ausführlichen Memorandum vom 3. Dezember 1919 gut zum Ausdruck gebracht, in dem er die bisherigen Ergebnisse der amerikanischen Russlandpolitik und ihre dauerhaften Ziele zusammenfasste: „Unsere moralischen Verpflichtungen gegenüber Russland als Verbündeten im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, die Unmöglichkeit der Wiederherstellung einer normalen Situation auch in den Vereinigten Staaten, solange Russland sich weiterhin in einem wirtschaftlichen Chaos befindet, und die Bedrohung für unser Leben und unsere Institutionen, die vom Fortbestehen Russlands als aktivem Zentrum der böartigen politischen und gesellschaftlichen Propaganda herrührt“²⁰. Russland wurde als wichtiger Verbündeter im Ersten Weltkrieg behandelt und man musste ihm allein aus diesem Grund helfen. Zweitens erkannte man in Washington die Schlüsselrolle Russlands in der Weltwirtschaft an – insbesondere für die Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Lebensmittelmarkt, für den Russ-

18 Siehe Marian Biskupski, *The Wilsonian View of Poland: Idealism and Geopolitical Traditionalism*, in: *Wilsonian East Central Europe. Current Perspectives*, hg. v. John S. Micgiel, New York 1995, S. 123–145.

19 Siehe MacMillan, *Peacemakers*, S. 79. In den breiteren Kontext der amerikanischen Politik während der Präsidentschaft Wilsons führt ausgezeichnet ein: Piotr Zaremba, *Demokracja w stanie wojny. Woodrow Wilson i jego Ameryka*, Warszawa 2014.

20 „Our moral obligations to Russia as an associate in the struggle against German imperialism, the impossibility of restoring normal conditions even in the United States while Russia remains in economic disorganization, and the danger to our own life and institutions which proceeds from the continued existence in Russia of an active center of pernicious political and social propaganda“. The Secretary of State [Lansing] to President Wilson, Memorandum reviewing the past attitude of the US toward Russia and making certain recommendations as to future policy, in: *Papers Relating to the Foreign Relations of the United States* [im Folgenden: FRUS], 1920, vol. III, Washington, D. C. 1936, S. 442–443.

land in der Vorkriegszeit ein wichtiger Exporteur war, und für die amerikanische Wirtschaft als Produzentin von Waren für den dynamischen russischen Absatzmarkt, der bis 1914 so aufnahmefähig war. Drittens und letztens wurde Russland das Terrain eines großen ideologischen Experiments: des Bolschewismus. Er wurde sowohl von Wilson als auch von Lansing und seinem Nachfolger Bainbridge Colby als offensichtliches Übel und als Gefahr angesehen. Das Ausmaß dieser Bedrohung führte jedoch dazu, dass sie auch entsprechend Aufmerksamkeit auf sich zog. Es gab drei Gründe, die in der Umgebung von Präsident Wilson in den Jahren 1918, 1919 und 1920 eine Selbstverständlichkeit waren: *Russia first* (zumindest was das gesamte Gebiet östlich von Deutschland anbelangt). Russland müsse daher bei seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau und der Beseitigung der bolschewistischen „Bastarde der Geschichte“ unterstützt werden. Dieser Aufgabe sollten alle „geringfügigen“, „besonderen“ Interessen der kleineren Staaten, die rund um Russland entstanden, untergeordnet werden.

Mit welchen Methoden würde sich das russische Problem lösen lassen? Das Rezept resultierte aus der Diagnose der Krankheit. Die Krankheit des Bolschewismus galt als extrem gefährlich (weil ansteckend), gleichzeitig aber auch als wert, auf moralischer Ebene verstanden zu werden. Wie ein Großteil der liberalen Meinung jener Zeit, insbesondere in den angelsächsischen Ländern, war Wilson eher geneigt, eine Rückkehr zum zaristischen System als größeres Übel anzusehen als den Bolschewismus. „Westliche Liberale neigten dazu, den Bol'sheviki im Zweifel [bezüglich ihrer – bösen – Absichten oder Taten] den Vorzug zu geben“ (*Western liberals were inclined to give the bolsheviks the benefit of the doubt*)²¹. Die Bol'sheviki führten ein Experiment durch, grausam, brutal, aber als Antwort auf die wirklichen Missstände und Ungerechtigkeiten, die das „alte“ System hervorgebracht habe. Außenminister Lansing äußerte nicht die geringste Sympathie für den Bolschewismus, aber in seiner Einschätzung der amerikanischen Politik gegenüber Russland und dem Bolschewismus nach 1917 spiegelte er auch genau die Denkweise seines Präsidenten: „Der Bolschewismus [...] ist eine weit verbreitete Geisteshaltung, die aus dem Krieg und historischen Missständen resultiert. Sie wird durch Demoralisierung und Protest hervorgerufen. Sie treibt viele ihrer unkritischen Anhänger in die Reihen der Bol'sheviki und verleiht ihrer Bewegung immer wiederkehrende Schübe von Volkskraft, die es ihr ermöglichen, sich gegen die militärischen Angriffe ihrer Feinde zu behaupten. Der so verstandene Bolschewismus kann natürlich nicht mit Gewalt besiegt werden. Er ist im Wesentlichen ein wirt-

21 MacMillan, *Peacemakers*, S. 75; vgl. Mayer, *Politics*, S. 328–329.

schaftliches und moralisches Phänomen, das nur mit wirtschaftlichen und moralischen Mitteln überwunden werden kann²².

Wenn ja – wenn der Bolschewismus nicht mit militärischer Gewalt besiegt werden wird, sondern durch einen wirtschaftlichen und moralischen Wiederaufbau, dessen Nutznießer in erster Linie das „russische Volk“ sein sollte, der einzige legitime Herr (Groß-)Russlands, muss man daher das Scheitern jeglicher externen Intervention im Voraus erkennen. Nur die Russen selbst können den Bolschewismus ablehnen. Die Unterstützung, die Amerika den Kräften des „weißen“ Russlands im Jahr 1919 gab, hatte keine Auswirkungen, konstatierte Lansing. Umso mehr wird der Versuch, die Bol’ševiki durch Aktionen von Warschau, Bukarest oder Helsinki aus zu stürzen, wirkungslos bleiben. Nicht-Intervention und die Nichtanerkennung territorialer Änderungen, die den nationalen Raum Russlands (außerhalb der Region des „ethnographischen“ Polens sowie Finnlands und vielleicht noch Armeniens), vermindern, seien die einzigen politischen Grundsätze, die aus der Einschätzung der Situation im Jahr 1920 resultieren könnten. Und in der Praxis der amerikanischen Politik gegenüber Russland und Osteuropa im Jahr 1920 geschah das so.

Für Polen, das direkt an das bolschewistische Russland angrenzte, waren die eindeutigen Vorschläge, die aus einer derartigen Politik herrührten, folgende: im Osten die Bug-Linie nicht zu überschreiten und zu warten, bis Russland die kommunistische Krankheit überwunden hat, und dann wieder – nach einer demokratischen Wiedergeburt – zum kleinen Kreis der Mitgestalter der Weltordnung gehört. Allerdings blieb die Frage nach der Realitätsnähe einer solchen Einschätzung des Bolschewismus offen: würde er wirklich seine Expansionsfähigkeit und seine Popularität in Russland selbst verlieren, bevor es versuchen würde, im Einklang mit seinen ideologischen Annahmen, vor allem nach Europa, über Polen, zu expandieren? Diese Frage konnte nur experimentell beantwortet werden: sich auf die Bug-Linie zurückzuziehen, die als Grenze der polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen im Osten vielleicht das russische „Volk“ nicht irritieren würde, die jenseits des Bug stehenden Bol’ševiki nicht anzuerkennen und ... auf die wirtschaftliche und moralische Wende in Russland selbst zu warten. Und auf keinen Fall eine solche Veränderung durch ein gewaltsames Vorgehen, durch militärischen Druck zur Sicherung der polnischen Unabhängigkeit im Osten zu stören.

22 „Bolshevism [...] is a popular state of mind growing out of the war and past abuses. It is compounded of demoralization and protest. It furnishes many misguided recruits to the ranks of the Bolsheviks and imparts to their movement recurrent flushes of popular vitality which help to sustain it against the military attacks of its enemies. Bolshevism, thus conceived, is obviously not to be conquered by force. It is preeminently an economic and moral phenomenon against which economic and moral remedies alone will prevail“. FRUS, 1920, vol. III, S. 441.

Józef Piłsudski versuchte als Staatsschef immer wieder, den angelsächsischen und insbesondere den amerikanischen Gesprächspartnern klar zu machen, dass eine solche Politik ein zu großes Risiko für Polen darstelle. Die Einschätzung der bolschewistischen Bedrohung von den Ufern des Potomac oder der Themse aus war eine andere als die von der Weichsel oder dem erwähnten Bug aus. In einem dramatischen, am 5. November 1919 mit dem amerikanischen Gesandten in Warschau Hugh Gibson geführten Gespräch, fügte er Argumente hinzu, die die amerikanische Position „aufweichen“ sollten. Er versuchte eine Art von geopolitischer Erpressung – das Gegenteil von dem, wozu Dmowski im September 1918 gegriffen hatte. Gibson berichtete vom Inhalt der Ausführungen des Staatsschefs wie folgt: „In den letzten Monaten waren die einzige Bestätigung [für Piłsudski], dass Polen wie ein Mitglied der Alliierten behandelt wurde, die Restriktionen aus Paris, die ihm sagten, was er tun dürfe und was nicht. Er sagte, dass er in diesem Zusammenhang keine Vorwürfe mache, weil die Nationen schon immer völlig egoistisch [in ihrer Politik] gewesen seien und es eine völlige Abweichung von dieser Regel wäre, wenn die ganze Welt plötzlich gut und hilfreich für Polen werden würde, ohne dass sie darin ihr eigenes unmittelbares Interesse sehe. Er erklärte, er werde weiterhin mit aller Kraft versuchen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Kampf gegen den Bolschewismus fortzuführen. Er sagte, in Polen gebe es zweifelsohne ein wachsendes Gefühl, dass die Alliierten das Land im Stich gelassen hätten und dass es gut daran tun würde, eine Vereinbarung mit Deutschland [statt mit den westlichen Alliierten] zu erzielen. Deutschland würde sich natürlich sehr gerne die Freundschaft Polens um den Preis von Kleidung und Transport sichern, und vielleicht auch von militärischer Unterstützung“²³.

Eine Übereinkunft Polens mit Deutschland zur Rettung des Landes vor der russisch-bolschewistischen Bedrohung, angesichts der Gleichgültigkeit der westlichen Verbündeten? Eine solche Vision bewegte die Phantasie der amerikanischen Politiker nicht besonders. Sie und die Briten, vor allem aber die Franzosen, beun-

23 „In the last few months the only reminder he [Piłsudski] has had that Poland was considered a member of the Allied group was when he was hampered by restrictions from Paris as to what he might or might not do. He said that he did not make any reproaches as nations have always been entirely selfish and it would have been a good deal of a departure if all the world had suddenly become kind and helpful to Poland unless they could see some direct interest in it. He said that he would continue to do the best he could to maintain order and keep up struggle against Bolshevism. He said there was no doubt a growing feeling in the country that the Allies had abandoned Poland and that she would do well to reach an understanding with Germany. Germany of course would like nothing better than to secure Polish friendship at the price of clothing, transportation, and possibly military support“. Hugh Gibson, Diary, entry of November 5, 1919, Hoover Institution, Hugh Gibson Papers, box 70. (ich danke Prof. Janusz Cisek (+) dafür, dass er mir dieses interessante Dokument zugänglich gemacht hat).

ruhigte eine andere Vision: eine Einigung zwischen Russland und Deutschland. Eben solch ein sich zwischen sie „schiebendes“ Polen könnte eines der Hauptmotive für ein solches Übereinkommen sein – ein tödliches für das gesamte Versailler System. Auf der Grundlage einer solchen Annahme weigerte sich die amerikanische Diplomatie konsequent, die von Pilsudski vorgeschlagene Idee zu unterstützen, wonach das nationale Interesse eines wiedererrichteten „kleinen“ Staates – in diesem Fall die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und das demokratische System Polens vor der Bedrohung von Seiten des bolschewistischen Russlands zu sichern – der Wegweiser seiner souveränen Politik sein sollte. Nein, Polen sollte sich vielmehr den Logiken der großen, internationalen Ordnung, die größer ist als seine kurzsichtigen Interessen, unterordnen. Das Recht, diese Gründe zu interpretieren, wurde von Wilson selbst ohne zu zögern beansprucht, im Einklang mit der (auch für die Haltung des amerikanischen Exzeptionalismus typischen) Tendenz, „eher zu den anderen Völkern zu predigen als ihnen zuzuhören“ (*to preach at other nations rather than to listen to them*)²⁴.



Abb. 1: Die Vertreter der Entente-Mächte nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Im Vordergrund zu sehen sind u. a. Thomas Woodrow Wilson (erster von links), Georges Clemenceau (in der Mitte), Arthur Balfour (mit dem Arm in der Schlinge). 28. Juni 1919; Narodowe Archiwum Cyfrowe.

²⁴ MacMillan, *Peacemakers*, S. 22.

Nach Ansicht des amerikanischen Präsidenten konnte jedwedes selbständige polnische Vorgehen zu Beginn des Jahres 1920 Osteuropa nur Schaden zufügen. Die die Position des amerikanischen Außenministeriums zur eventuellen Durchführung einer solchen Aktion – sei es in Form von Vorbereitungen für präventive Offensivaktionen gegen Sowjetrußland, oder in Form eines endgültigen Friedensschlusses mit diesem Rußland – sondierende polnische Diplomatie erhielt damals eine Antwort aus Washington, die besagte, dass beide Optionen als unvereinbar mit der Vision einer internationalen Ordnung behandelt würden, wie sie die Administration Präsident Wilsons anstrebte. Eine polnische Offensive, so die Amerikaner, könne die Situation nur verschlimmern, indem sie die Popularität der Bolševiki in ihrer Heimat stärke (als Verteidiger der Integrität ihres Territoriums), was zugleich den Moment ihres Sturzes und der Befreiung Rußlands selbst nach hinten verschieben würde. Andererseits würde ein formeller Frieden zwischen Warschau und den Bolševiki auch letztere stärken. Ein Waffenstillstand mit ihnen, ohne die territoriale Integrität des ehemaligen Imperiums zu verletzen, war das geringste Übel, das Polen hätte zulassen können. In seiner Antwort auf die Depesche des Gesandten Gibson, die die Frage Warschaus übermittelte, brachte Robert Lansing in einer seiner letzten Noten als Außenminister diese Position in folgender Form zum Ausdruck: „Diese Regierung ist gegenwärtig nicht in der Lage, irgendeine Verantwortung auf sich zu nehmen, um Polen die Übernahme irgendeiner konkreten Politik gegenüber dem bolschewistischen Rußland zu raten. Zu Ihrer Kenntnis: ich glaube aber, dass es äußerst unglücklich wäre, wenn die polnische Regierung aus dem Schweigen dieser [amerikanischen] Regierung den Schluss ziehen würde, dass sich dahinter [die Möglichkeit] einer militärischen und wirtschaftlichen Hilfe verbirgt, die die polnische Regierung dazu ermuntern könnte, Waffenstillstandsverhandlungen mit dem bolschewistischen Rußland abzulehnen“²⁵.

Dieser Vorschlag, der am 5. Februar 1920 gemacht wurde, klang nicht stark. Und das nicht nur, weil ihr formaler Urheber, Außenminister Lansing, aus dem Amt ausschied, und auch nicht nur, weil Präsident Wilson sich noch immer nicht vollständig von seinem Schlaganfall vier Monate zuvor erholt hatte. Der Grund war schwerwiegender und wurde schließlich am 19. März sichtbar. An diesem Tag

25 „This Government is not in a position at the present moment to take any responsibility in advising Poland to adopt a specific policy toward Bolshevist Russia. For your own information, however, I feel that it would be most unfortunate if the Polish Government should conclude from the silence of this Government in the matter that there is implied such military and economic assistance as might determine the Polish Government in refusing to enter into armistice negotiations with Bolshevist Russia“. The Secretary of State [Lansing] to the Minister in Poland (Gibson), telegram, February 5, 1920, in: FRUS, 1920, vol. III, S. 378.

hat der Senat der Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles endgültig abgelehnt. Amerika konnte sich jedoch nicht vollständig aus der Weltpolitik zurückziehen (und das war ja auch nicht die Absicht der Republikaner-Opposition). Nach Washington würden auch weiterhin Appelle um wirtschaftliche, diplomatische, propagandistische Unterstützung verschiedenster Konzepte zur Einrichtung des Nachkriegseuropas strömen. Die Vereinigten Staaten würden jedoch die Möglichkeit haben, die Schicksale dieser Konzepte zu beeinflussen. Nach der Entscheidung des Senats entfernte sich Amerika aber von Europa. Der Völkerbund verlor zwei Monate nach seiner feierlichen Eröffnung seinen wichtigsten Pfeiler in geopolitischer, ökonomischer, aber auch moralischer Hinsicht.

Nach dem 19. März 1920 mussten die direkte Verantwortung für die neue Ordnung in Europa eigentlich nur noch zwei Staaten auf sich nehmen: Großbritannien und Frankreich. Natürlich gab es formell noch zwei andere Mächte, die das Versailler System mitgeschaffen hatten: Italien und Japan. Sie waren jedoch weder daran direkt interessiert noch dazu fähig, sich in demselben Maße wie Paris und London mit der für die Stabilität des gesamten politischen Systems Nachkriegseuropas neuralgischsten Frage zu beschäftigen, nämlich der der politischen Zukunft, der Systemform und den wirtschaftlichen und den strategischen Beziehungen der Länder östlich von Deutschland, in einem Gebiet, wo bis 1914 ausnahmslos das Russische Reich dominiert hatte. Japan äußerte kein größeres Interesse an der Lage in Mittel- und Osteuropa und konzentrierte seine Aufmerksamkeit (auch im Kontext der Beziehungen zu Polen) eher auf die fernöstlichen Grenzgebiete Russlands²⁶. Italien, die ärmste unter den Mächten, erschöpfte seine Möglichkeiten aktiver Politik auf dem Gebiet des aufgeteilten Osmanischen Reichs und des an der Adria gelegenen „Unterbauchs“ des früheren Habsburgerreichs. In der Frage der Russlandpolitik bewegte es sich 1920 im Allgemeinen auf den Spuren Englands²⁷.

Wenn Amerika, Frankreich und Großbritannien zusammengekommen im Jahr 1919 nicht die Kraft hatte, das russische Problem zu lösen, hatten dann die letzten beiden Mächte, ohne Washington, eine bessere Chance, ihren Willen im Osten des europäischen Kontinents aufzuzwingen und dort ihre Ordnung durchsetzen? Die Frage ist rhetorisch. Stellen wir uns für einen Moment vor, dass die Vereinigten Staaten 1920 Mitglied und Anführer, oder zumindest neben den Briten gemeinsamer Anführer des Völkerbundes gewesen wären. Die Kraft des Drucks der

26 Hiroaki Kuromiya, Andrzej Pełoński, *Między Warszawą a Tokio. Polsko-japońska współpraca wywiadowcza 1904–1944*, Toruń 2009, S. 45–55; siehe auch Elżbieta Pałasz-Rutkowska, *Polityka Japonii wobec Polski 1918–1941*, Warszawa 1998, S. 37–42.

27 Die beste knappe Darstellung des Themas der russischen Orientierung in der italienischen Außenpolitik des Jahres 1920 scheint die Monographie Giorgio Petracchis, *Da San Pietroburgo a Mosca. La diplomazia italiana in Russia 1861/1941*, Roma 1993, S. 255–290, zu sein.

beiden angelsächsischen Mächte auf das im Krieg gegen Sowjetrußland engagierte Polen wäre weitaus größer gewesen als der Einfluss von Premierminister Lloyd George allein. Fügen wir sogleich hinzu, dass dies ganz sicher kein Druck gewesen wäre, der die polnische Aktion in der Ukraine unterstützt, sondern eher die Kritik daran verstärkt hätte, indem sie sich auf den moralischen Unterbau der neuen Ordnung bezogen hätte, die der Völkerbund schützen sollte. Rußland – besonders dem Rußland der Bol'sheviki – war die amerikanische Administration, sogar in Kombination mit den Kräften der britischen Politik, nicht viel aufzuzwingen imstande. Sie hätte jedoch erfolgreicher die Versuche unabhängiger Unternehmungen „kleinerer Spieler“ auf dem Gebiet Osteuropas, solcher wie Polen, begrenzen können. Nach der Senatsentscheidung vom 19. März 1920 war die Stärke des politischen Willens Washingtons, der auf Europa insgesamt, besonders aber auf Osteuropa gerichtet war, auf augenscheinliche Weise geringer geworden²⁸. Schwächer wurde auch der Völkerbund als Werkzeug der neuen Ordnung, die von seinen Gründungsmächten den zu ihm gehörenden kleineren Ländern diktiert worden war.

Diese Möglichkeiten wurden auch deshalb immer geringer, weil sich die Visionen dieser Ordnung in wichtigen Details, die im Laufe des Jahres 1919 nicht ausgearbeitet worden waren, bei den beiden Großmächten, die im Frühjahr des folgenden Jahres auf der europäischen politischen Bühne und an der Spitze des Völkerbunds verblieben waren, unterschieden. Die Kluft zwischen Paris und London in der Politik gegenüber Rußland und Osteuropa wurde im Zusammenhang mit einem weiteren wichtigen Ereignis deutlich, das im März 1920 in beiden Hauptstädten zur Kenntnis genommen werden musste. Es war der definitive, wie es schien, Zusammenbruch des zentralen und zugleich letzten wichtigen Zentrums der „Weißen“, genau gesagt der unter dem Befehl von General Anton Denikin kämpfenden Bewaffneten Streitkräfte Südrusslands. Ende März wurden die Reste dieser durch eine Offensive der Roten Armee in Richtung Schwarzes Meer getriebenen Truppen auf die Krim evakuiert. Unter der Last der Kritik legte Denikin das Kommando nieder. Am 3. April wurde Baron General Petr Vrangel' zu seinem Nachfolger bestimmt. Obwohl er seinen Willen kundtat, weiter zu kämpfen, war die Stimmung in seiner Umgebung komplett pessimistisch. Es überwog die Überzeugung, dass Vrangel' höchstens die Rolle eines effizienten Liquidators der Überreste des „wei-

28 Es lohnt sich, den einfachen Kommentar Pilsudskis vom 19. März zu erwähnen, den er auf einem Treffen mit dem Diplomatischen Corps im Belvedere-Palast äußerte: „Les Américains sont souvent absents et les absents sont souvent tort“. (Die Amerikaner sind oft abwesend, und Abwesende haben oft nicht Recht). Zitiert nach: Sir H. Rumbold to Earl Curzon, Warsaw, March 21, 1920, Documents on British Foreign Policy 1919–1939 [im Folgenden: DBFP], First series, vol. XI, eds. Rohan Butler, J.[ohn] P.[atrick] T.[uer] Bury, London 1961, S. 260.

ßen“ Russlands bliebe, der deren Evakuierung von der Krim in die Türkei und weiter in den Westen Europas durchführen würde²⁹.

Die Bedeutung dieser Tatsache – oder besser gesagt die Interpretation, die ihr Ende März / Anfang April 1920 gemeinhin zugeschrieben wurde, nämlich, dass dies das Ende der „weißen“ Alternative zum „roten“ Russland war, war klar. Realistisch betrachtet, gab es nur noch ein Russland: ein sowjetisches, bolschewistisches. Wenn man das Problem der Beziehungen zu Russland lösen wollte, ließ sich die Aufnahme von Gesprächen mit den Bol'sheviki nicht vermeiden. Wenn man trotz allem etwas tun wollte, um sie zu beseitigen, dann musste man ernsthaft über den Einsatz anderer Kräfte nachdenken als die interne Opposition, z. B. den Polens. Wenn das „weiße“ Russland, jetzt in seiner letzten Phase vertreten durch General Vrangel', tatsächlich zusammengebrochen, verschwunden war, dann war im April 1920 die Rechtmäßigkeit der Wahl der ersten der angegebenen Möglichkeiten, die in der obigen Analyse angedeutet wurden – einer, wenn auch zunächst nur wirtschaftlichen Verständigung mit den tatsächlichen, alleinigen Interessen der Herren Russlands – schwer in Frage zu stellen gewesen. Das „weiße“ Russland unter Vrangel's Kommando überlebte jedoch den April 1920. Es blieb auf der Landkarte der politischen Möglichkeiten später im Frühjahr und im Sommer als realer, wenn auch schwacher Punkt. Wichtig war, dass es die ununterbrochene, „legale“ Nachfolge der wichtigsten Zentren des „weißen“ Russlands vertreten konnte; sein diplomatischer Dienst und seine Propaganda wirkten weiter – von Aleksandr Kolčak über Anton Denikin bis hin zu Vrangel'. Es schuf ein weiteres Hindernis, oder zumindest ein weiteres Argument, auf dem Weg, die Bol'sheviki als Partner in Osteuropa anzuerkennen. Dieses Argument erwies sich als relativ wichtig in Paris und in gewissem Maße auch in Washington, in London wurde es dagegen ignoriert.

Ende März 1920, im schwierigsten Moment, um die Überlebenschancen des „weißen“ Russlands einzuschätzen, erhob sich in der französischen politischen Debatte eine ernstzunehmende Stimme, die sich dafür aussprach, endlich zu akzeptieren, dass es nur Sowjetrussland gab. Wenn also die Versailler Ordnung im Osten aufrechterhalten werden sollte, dann musste man mit diesem Russland verhandeln. Die durch den vor Kurzem stattgefundenen Kapp-Lüttwitz-Putsch ausgelöste Unruhe in Deutschland schuf Anlass zur Sorge um den Fortbestand dieser Ordnung. Die düsterste Vision der Politiker an der Seine lebte sofort wieder auf: ein

29 Siehe dazu den (im Unterschied zur Schilderung in den Erinnerungen von Denikin und Vrangel' selbst) verhältnismäßig objektiven Bericht über diese Ereignisse in: Petr S. Machrov, *V Beloj armii generala Denikina. Zapiski načal'nika štaba Glavnokomandujuščego Vooružennymi Silami Juga Rossii*, Sankt-Peterburg 1994, S. 180–213; siehe auch: George A. Brinkley, *Allied Intervention in South Russia, 1917–1921*, Notre Dame 1966, S. 235–245.

Bündnis zwischen Deutschland, das sich gegen Versailles auflehnte, und dem außerhalb der Versailler Ordnung verbleibenden bolschewistischen Russland. Am 26. März wies der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments, Louis Barthou, in einer Interpellation an die Regierung von Ministerpräsident Alexandre Millerand darauf hin. Der ehemalige Ministerpräsident (im Jahre 1913) und einstige Außenminister (1917) forderte eine Änderung der französischen Politik gegenüber Sowjetrußland und, dass die Möglichkeit von Verhandlungen mit dessen Machthabern ernst genommen werde – im Namen der geopolitischen Interessen Frankreichs, das traditionell Sicherheit im Osten gegenüber Deutschland suchte. Wenn wir uns nicht mit Moskau verständigen, wird Berlin dies tun, warnte Barthou, der 14 Jahre später – im Namen eben dieses geopolitischen Interesses Frankreichs – Gespräche mit Stalin führen sollte, die 1935 nach dem tragischen Tod ihres Initiators mit der Unterzeichnung des Bündnisvertrags zwischen der Französischen Republik und der UdSSR gekrönt wurden. Im März 1920 reagierte Ministerpräsident Millerand jedoch entschlossen, verteidigte seine bisherige Politik der Nichtanerkennung der Bol'sheviki und berief sich (etwas übertrieben) auf die amerikanische Unterstützung für eine solche politische Linie³⁰.

Die politische Linie Londons, die von Premierminister David Lloyd George vorgegeben wurde, war bereits zu diesem Zeitpunkt eindeutig anders. Der letzte Versuch, ernsthaft für die Fortsetzung der 1919 von der britischen Regierung verfolgten Politik zu plädieren, d. h. für die (materielle und – in begrenztem Umfang – politische) Unterstützung des „weißen“ Russlands, wurde im Januar 1920 von Halford Mackinder unternommen. Der Geograph der University of London, Begründer der Geopolitik des 20. Jahrhunderts, wies in seinem 1919 veröffentlichten Werk „Democratic Ideals and Reality“ besonders auf die Bedeutung Mittel- und Osteuropas und dessen Unabhängigkeit von Russland und Deutschland hin. „Wer Osteuropa beherrscht, herrscht über das Herz Eurasiens (*Heartland*). Wer das Kernland von Eurasien beherrscht, beherrscht ganz Eurasien. Wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt“. Diese drei Sätze fassen den Hauptgedanken des britischen Geographen zusammen. Damit einher ging die an dieser Stelle interessante Befürchtung, dass ganz Osteuropa, die Region zwischen Ostsee und Schwarzem Meer, von Deutschland oder Russland – oder von beiden zusammen – beherrscht werden könnte. Die „maritimen“ Westmächte Großbritannien und Vereinigte Staaten, ganz zu schweigen von Frankreich, das viel schwächer als sie sei, wären in einer langfristigen Konfrontation mit den Herren Eurasiens zum Scheitern verurteilt, wenn ein solches schwarzes Szenario eintreten würde. Mackinder zufolge ist die Unabhängigkeit Osteuropas von Deutschland und Russland und die Unterwer-

30 Zu dieser damaligen Diskussion siehe Auguste Gauvain, Les Interpellations sur la politique extérieure, in: Journal des Débats vom 27. März 1920, S. 1.

fung unter den politischen Einfluss des Westens der sicherste Weg, eine solche Situation zu vermeiden. Die Verhinderung der strategischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland sei daher die „Mindestaufgabe“ der Westmächte³¹. Seine Argumente für die Schaffung eines für die angelsächsischen Mächte grundlegenden geopolitischen Brückenkopfs zwischen Russland und Deutschland wurden jedoch 1919 missachtet. In einem Versuch, sie in der Praxis zu retten, blieb Mackinder zwar Abgeordneter im Unterhaus, übernahm Ende November 1919 aber das Amt des Britischen Hochkommissars bei der Regierung Denikin. Die Geschichte seiner Mission, seiner Gespräche mit Denikin und mit Piłsudski mit dem Ziel, eine strategische Zusammenarbeit zwischen ihnen im Kampf gegen die Bol’ševiki aufzubauen, habe ich bereits früher beschrieben³². An dieser Stelle genügt es, daran zu erinnern, dass Mackinder Mitte Januar nach London in der Überzeugung zurückkehrte, dass eine solche Zusammenarbeit möglich sei und dass die britische Regierung sie unterstützen sollte. Er präsentierte seine Argumente in einem ausführlichen Memorandum vom 21. Januar 1920 sowie in seiner Rede auf einer Sitzung des Kabinetts von Lloyd George, zu der er am 29. Januar eingeladen wurde. Diese Argumente sind es wert, zitiert zu werden. Mackinder versuchte seine Zuhörer zu überzeugen, dass die Ukraine keineswegs, wie im britischen Kabinet, mit Russland identifiziert werden sollte bzw. dass sie nicht – wie man sie nannte – Südrussland war. Stattdessen stelle sie potenziell ein hervorragendes Nahrungsreservoir für das hungernde Europa dar. Darüber hinaus stehe die ukrainische Bevölkerung den Bol’ševiki im Allgemeinen weiterhin feindselig gegenüber. All dies, so der Londoner Geopolitiker, solle man sich zunutze machen. In seinen Notizen, die er in der dritten Person schrieb, gibt er einen faszinierenden Bericht über sein Gespräch mit Piłsudski vom 15. Dezember 1919: „Was die Polen betrifft, so hat General Piłsudski ihm [Mackinder] gesagt, dass er möglicherweise im Frühjahr auf Moskau vorrücken könnte. [...] Er sehe, dass er sich [in diese Richtung] mit einem russischen Element bewegen müsste [...]. Er könne nicht glauben, dass die Bol’ševiki die Bedingungen des Friedens, den sie schließen würden, einhalten werden. Gleichzeitig könne er aber nicht ständig eine Armee in Kampfbereitschaft an der Berezina unterhalten. Deshalb *gebe es keine andere Möglichkeit, als die Bol’ševiki im April oder Mai anzugreifen* [Hervorhebung A. N.]. Sir H. J. Mackinder stimmte mit General Piłsudski darin überein, dass ein spektakulärer Angriff auf Moskau unerwünscht sei. Das Ziel des Angriffs sollte vielmehr die Ukraine sein, mit der

31 Siehe Halford J. Mackinder, *Democratic Ideals and Reality. A Study in the Politics of Reconstruction*, London 1919; vgl. Frank Sempa, *The Geopolitics Man*, in: *The National Interest*, Nr. 29, Herbst 1992, S. 96–102; Aleksandr Dugin, *Osnovy geopolityki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii*, Moskva 1997, S. 43–51.

32 Siehe Nowak, *Polska i trzy Rosje*, S. 406–411.

Aufgabe, das Donezbecken einzunehmen. [...] In seinen Gesprächen mit General Pilsudski und General Denikin hat er [Mackinder] solche Fortschritte gemacht, dass er keine besonderen Schwierigkeiten beim Zustandekommen einer Vereinbarung [zwischen ihnen] in Bezug auf die Ostgrenzen Polens erwartet“³³.

Mackinder sammelte nicht nur Argumente für die Fortsetzung der Unterstützung für das „weiße“ Russland, sondern vor allem für seine Vereinbarung und ein gemeinsames Auftreten mit den neuen „angrenzenden“ Staaten (mit Pilsudskis Polen an der Spitze). Der Londoner Geopolitiker sammelte sie im Lichte der Bedenken und Forderungen, die öffentlich von seinen wichtigsten Zuhörern im Kabinett von Lloyd George vorgebracht wurden. Für den Premierminister selbst war es ein Argument für die Notwendigkeit, Beziehungen zu Russland zu knüpfen, um es in den Handel mit Europa einzubeziehen und seine Funktion als europäischer Getreidespeicher so schnell wie möglich wiederherzustellen. Mackinder schlug vor, dass man dies bereits durch die Beschaffung von Getreide aus der Ukraine tun könnte. Für Lord George Curzon, den Staatssekretär im Foreign Office, war die Sorge um das Schicksal der Gebiete des Kaukasus und der Türkei zentral, die von der Expansion Sowjetrusslands (und im Grunde jedes Russlands) bedroht waren und die einen strategischen Schutzpuffer für das britische Empire und seine Interessen in Kleinasien darstellten. „Wenn nicht irgendeine Barriere gegen den Vormarsch des Bolschewismus errichtet wird“, warnte Mackinder, „wird er sich wie ein Präriefeuer in Richtung Türkei und Zentralasien ausbreiten“ (*If some barrier were not opposed to the march of Bolshevism it would go forward like a prairie fire in Turkey and Central Asia*). Der Premierminister sollte schließlich durch Mackinders Schlussfolgerung beruhigt werden, dass das Ziel der von ihm vorgeschlagenen Aktion nicht ein langer Krieg, sondern der von Lloyd George gewünschte Frieden in Osteuropa sei. Nur, dass es ein siegreicher Frieden für Großbritannien und

33 „As regards the Poles, General Pilsudski had told him that he could probably advance to Moscow next Spring. [...] He saw that it would be necessary for him to go forward with some Russian element. [...] He could not trust the Bolsheviks to keep a treaty of peace into which they had entered. It was impossible, however, for him to retain the army permanently on the Beresina. Hence he had no alternative but to strike at the Bolsheviks next April or May. Sir H. J. Mackinder agreed with General Pilsudski that a spectacular advance on Moscow was undesirable. His object should be rather to advance in the Ukraine, with the object of obtaining possession of the Donetz Basin. [...] In his conversations with General Pilsudski and General Denikin he [Mackinder] had made so much progress that he did not anticipate any great difficulty in arranging an agreement as to the eastern frontiers of Poland“. Halford Mackinder, Notes of points supplementary to his memorandum of Jan. 21, 1920, made by sir H. J. M. in reply to questions put to him at the Cabinet Meeting held on Thursday, Jan 29, 1920, at 11.30 a.m., in: Private Papers of Sir H. J. Mackinder Relating to His Mission to South Russia, National Archives [Im Folgenden: NA], London-Kew, Foreign Office [FO] 800/251, Bl. 3–4 (62–63).

seine Verbündeten sein würde, nicht für die Bol'sheviki, schloss Mackinder mit Nachdruck: „Rettung kann nur in einer kohärenten Politik gefunden werden, wie sie in seinem [d. h. Mackinders] Memorandum angedeutet wird. Es würde alle antibolschewistischen Länder, von Finnland bis zum Kaukasus, mobilisieren, indem ihnen eine gewisse Unterstützung erteilt wird. [...] Es ist notwendig, eine solche Politik in ihrer Gesamtheit zu verfolgen, oder gar nichts zu tun“³⁴.

All diese Argumente basierten auf der Annahme, dass zumindest ein taktisches Übereinkommen zwischen Polen (und anderen „Grenzstaaten“ des ehemaligen Russischen Reiches) und dem „weißen“ Russland möglich sei. Mackinder verheimlichte seinen Londoner Gesprächspartnern die Information, dass Denikin selbst in seiner äußerst schwierigen Lage nur äußerst ungern auf Pilsudskis Forderungen einging³⁵. Auf der Kabinettsitzung vom 29. Januar 1920 schlug Mackinder vor, dass die Regierung eine entschlossene Erklärung abgeben solle, dass sie keinen Frieden mit den Bol'sheviki schließen werde, und dass sie Denikin technische und maritime Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Brückenköpfe am Schwarzen Meer – in Novorossijsk, Odessa und auf der Krim – gewähren solle. Vor allem aber bestand er auf einer Hilfe (in Form eines Kredits) für Polen, wenn es mit Denikin ein wirksames antibolschewistisches Abkommen schließe, an dem sich auch andere „Grenzstaaten“ beteiligen sollten – von den „baltischen Provinzen“ bis nach Georgien und Aserbaidschan. Mackinder argumentierte leidenschaftlich: „Schon die ersten Schritte einer solchen Politik würden, davon bin ich überzeugt, ein Signal für ganz Osteuropa sein, das innerhalb eines Monats die Moral der Menschen in diesem Teil der Welt völlig verändern würde“. Der Kabinettssekretär bemerkte jedoch nach der Sitzung: „Die im Bericht von Sir Halford Mackinder vorgeschlagenen Sofortmaßnahmen fanden keine Unterstützung“³⁶.

34 „The salvation could only be found in a comprehensive policy such as was indicated in his [Mackinder's] Memo. He would range up all the anti-Bolshevist States, from Finland to the Caucasus, giving them certain amount of support. [...] It was necessary to adopt the whole policy or to do nothing“. Ebd., Bl. 7 (66).

35 Siehe die Information Denikins für H. Mackinder vom 23.1.1920, Columbia University Library [New York] [Im Folgenden: CUL] – Bakhmeteff Archive, E. Sablin Collection, box 18, t. re Nationalities Question, ohne Pag.; siehe auch den Brief Denikins an Mackinder vom 14.1.1920, in: DBFP, First series, vol. III, eds. E.[rnest] L.[ewellyn] Woodward, Rohan Butler, London 1949, S. 792–793, wie auch Mackinders Bericht: ebd., S. 768–786.

36 „[Mackinder:] The initial steps of such a policy would, I am persuaded, send a thrill through all the east of Europe, which in a month would wholly alter the moral of the people in that part of the world. [...] [Maurice Hankey, Sekretär der Regierung Lloyd George:] The immediate steps proposed in Sir Halford Mackinder's Report did not meet with any support“. Cabinet Meeting, 6 (20), 29.1.1920, NA, Cabinet Papers [im Folgenden: CAB] 23/20 (6.1.–31.3.1920).

Die britische Regierung hatte sich unter dem beherrschenden Einfluss ihres Premierministers bereits für eine andere Politik entschieden: Verhandlungen mit den Bol'seviki, die schließlich als die siegreichen Herren Russlands anerkannt wurden. Bei Denikin und seinen Nachfolgern wurde ein „Schlussstrich“ gezogen. Polen und erst recht die anderen „kleinen russischen Grenzstaaten“, die von London bisher nicht anerkannt worden waren, wurden nicht als Material betrachtet, auf dem eine neue Grundlage für eine friedliche Ordnung in Osteuropa aufgebaut werden könnte. Die neue französische Regierung von Alexandre Millerand hoffte derweil immer noch auf ein Aufhalten, wenn nicht gar auf einen schnellen Sturz der Bol'seviki. Für die Franzosen war daher das Überdauern zumindest eines Restes eines „weißen“ Russlands wichtig, ebenso wie die strategische Zusammenarbeit mit den „Grenzstaaten“, zu denen – in erster Linie – Polen als stärkstes Land gehörte. Der Unterschied zwischen der Haltung Londons und der Sichtweise von Paris hatte noch einen weiteren, sehr wichtigen Aspekt. Die Politik der Verständigung mit den Bol'seviki war nicht kostspielig, erforderte keine großen finanziellen oder – noch weniger – militärischen Anstrengungen und war daher „einfacher“. Die Politik, sich ihnen in Osteuropa weiterhin zu widersetzen, auch unter Vermittlung anderer Staaten, erforderte es dagegen, denjenigen Kräften Hilfe zu leisten, die die Last der direkten Eindämmung Sowjetrusslands zu tragen hatten. Frankreich allein konnte sich eine solche Politik nicht leisten, jedenfalls nicht die wirksame Umsetzung. Großbritannien hingegen war in der Lage, der Linie von Premierminister Lloyd George zu folgen, ohne der kriegsmüden Öffentlichkeit neue Rechnungen aufzubürden. Dies gab der „osteuropäischen“ Politik Londons ein gewisses Übergewicht gegenüber Millerands Frankreich und ermöglichte es Lloyd George, die Initiative zum Versuch der Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags zum Verhalten der westeuropäischen Mächte zu übernehmen.

Zu Beginn des Frühjahrs 1920 war jedoch die Differenz zwischen Paris und London in Bezug auf die endgültige Regelung der Lage in Osteuropa sowie auf die Haltung gegenüber Sowjetrussland offensichtlich. Dadurch wurde die Stärke des Drucks der Urheber der „Versailler Ordnung“ auf den Verlauf der Ereignisse im Osten Deutschlands weiter geschwächt. In den ersten Monaten des Jahres 1920 bestanden die einzigen Gemeinsamkeiten in der Haltung Washingtons und Londons und in gewissem Maße auch von Paris in Bezug auf die angestrebte Gestaltung Osteuropas in der Annahme, dass Russland so bald wie möglich in die Gruppe der für die internationale Ordnung mitverantwortlichen Mächte zurückkehren sollte, und in der Anerkennung der Tatsache, dass die Ostgrenze Polens so gezogen werden sollte, dass sie das „wiedergeborene“ Russland nicht verprellt. Ein kleines Polen neben einem großen Russland, das mit den Westmächten zusammenarbeitet – das war der kleinste gemeinsame Nenner dieser Position. Sie war zu klein, um eine konsequente und energische Politik der Siegermächte gegenüber Osteuropa zu er-

zwingen. Denn sie waren sich noch uneins in der Frage: Kann man mit dem Entstehen eines anderen Russlands als dem sowjetischen rechnen, oder: Kann ein von den Bol'sheviki regiertes Russland ein politischer Partner der Westmächte oder der östliche Pfeiler der Versailler Ordnung sein?³⁷

Politik ist kein Schachspiel. Die Spieler (Partner und Gegner) warten nicht auf ihre Züge. Sie spielen selten gegeneinander, vor allem in der internationalen Politik. Die Entscheidungen oder das Ausbleiben von Entscheidungen einiger Teilnehmer an einem internationalen Spiel haben oft erhebliche Auswirkungen auf den Verlauf der Rivalität zwischen anderen Teilnehmern. Diese banalen Aussagen erhalten eine konkrete Bedeutung, wenn man bedenkt, dass die Siegermächte erst am 25. April 1920 formell einen gemeinsamen Standpunkt zu Verhandlungen mit den (zunächst „Handels-“) Vertretern Sowjetrusslands einnahmen, worüber ich weiter unten ausführlicher schreiben werde. Wäre das „weiße“ Russland bereits in den ersten Wochen des Jahres 1920 vollständig vom politischen Horizont verschwunden, wie es den Anschein hatte, dann hätte die Entscheidung, die Regierung von Lenin und Trockij als *de facto* alleinige Vertreterin Russlands zu behandeln, wahrscheinlich schneller getroffen werden können. Der Widerstand, den eine solche Entscheidung in Frankreich hervorgerufen hätte, wäre vielleicht rascher überwunden worden. Hätten die Großmächte – Großbritannien, Frankreich und Italien (nach dem Rückzug Washingtons aus dem europäischen System) – bereits im Februar eine solche Position eingenommen und im April Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation aufgenommen, ist es schwer vorstellbar, dass Warschau in der Lage gewesen wäre, eine militärische Offensive auf Kiew zu starten. Eine polnische Bewegung auf dem osteuropäischen „Schachbrett“ wäre in einer solchen Situation im Grunde ausgeschlossen, mit Sicherheit aber extrem erschwert gewesen.

Hätte das den Frieden gerettet? Nicht nur das Ende des Konflikts zwischen Polen und Sowjetrussland beschleunigt, sondern vor allem das Versailler System in Osteuropa konsolidiert und Moskau schon damals in den „Club“ der Mitwächter dieses Systems aufgenommen? Die Antwort auf diese Frage geht über die Möglichkeiten einer historischen Untersuchung hinaus. Die Ereignisse im Jahr 1920 verliefen anders. Die Überlegungen zu dieser Frage werden jedoch fast ausschließlich unter einem Gesichtspunkt angestellt – und sie wurden dies sogleich, ab dem Frühjahr 1920. Ihnen zufolge nämlich wurden Warschau bzw. Piłsudski selbst und der „polnische Imperialismus“ als das wichtigste und verhängnisvolle Hindernis auf dem Weg zur besagten stabilisierenden Lösung der „europäischen Ordnung“

37 Ausführlicher schreibe ich darüber in: Andrzej Nowak, *Mocarstwa zachodnie wobec niepodległości Ukrainy: wiosna 1920*, in: *Miedzy Odrą a Uralem. Księga pamiątkowa dedykowana profesorowi Władysławowi A. Serczykowi*, hg. v. Waław Wierzbieniec, Rzeszów 2010, S. 417–431.

betrachtet. Dies war nicht nur auf die politische Mentalität der Eliten der Großmächte zurückzuführen, in der ein Platz dafür reserviert war, die vermeintlichen Interessen anderer Mächte (zum Beispiel Russlands) ernst zu nehmen. Es ging auch darum, dass in jener Mentalität nur mit größter Mühe sich die Idee Bahn brach, dass auch „kleine“ Staaten ihre eigene, für die Stabilität der internationalen Ordnung wichtige Vision haben können, wie diese Ordnung gestaltet ist und vor welchen Bedrohungen sie geschützt werden sollte.

Eine weitere wichtige Einschränkung der Überlegungen der Politiker der Westmächte zum Konflikt in Osteuropa im Jahr 1920 (und von vielen Historikern, die sich in der Folgezeit mit ihrer Politik befassten) war ein kognitives oder konzeptionelles Missverhältnis bei der Bewertung des Verhaltens Warschaus auf der einen und Moskaus auf der anderen Seite. Sie konnten über ein relativ großes Wissen über die Ziele der polnischen Politik verfügen: schließlich gab es ihre Gesandtschaften in Warschau, Vertreter der Diplomatie und der englischen, französischen, amerikanischen oder italienischen Presse und leichten Zugang zu polnischen Ministern, hohen Beamten oder zum Staatschef selbst. Sie interpretierten die Informationen, die sie von ihnen über die polnischen Bestrebungen erhalten hatten, in den für sie verständlichen Kategorien der Ambitionen nationaler Politik, die freilich nicht notwendigerweise und auch nicht oft in Bezug auf Warschau akzeptiert wurden. Das in den Kabinetten von London oder Paris zugängliche Wissen von den Absichten, Möglichkeiten und Grenzen der sowjetischen Politik war dagegen ungleich geringer. Lenin, Trockij, ganz zu schweigen von Stalin und Kamenew (den beiden anderen Führern der sowjetischen Politik im Jahr 1920), waren für die öffentliche Meinung der Westmächte eigentlich außerhalb der Reichweite zuverlässiger, dauerhafter Informationsquellen. Noch wichtiger ist jedoch, dass die Nachrichten, die die westlichen Hauptstädte über die sowjetische Strategie und Politik erreichten, oft in einer Weise interpretiert wurden, die ihre Bedeutung verzerrte. Dies lag daran, dass sie an die Kategorien angepasst wurden, in denen die Anführer der siegreichen Supermächte schlussfolgerten: solchen des nationalen oder imperialen Interesses. Die Bedeutung der kommunistischen Ideologie, die sich daraus ergebenden spezifischen Ziele und Bestrebungen wurden in diesen Interpretationen kaum oder gar nicht berücksichtigt. Die oben aufgeworfene Frage, ob es Anfang Frühling 1920 eine Möglichkeit gab, Moskau in eine stabile Zusammenarbeit mit dem in Versailles von den Siegermächten entworfenen System einzubinden, lässt sich nicht einmal hypothetisch beantworten, wenn man die Aufmerksamkeit nur auf das polnische „Hindernis“ für eine solche Lösung richtet, und nicht auch auf diejenigen, die sich – wie Millerand und die Mehrheit der französischen Elite – dagegen sträubten, den Weg für Verhandlungen zwischen den Siegermächten und Sowjetrussland einzuschlagen. Andererseits hätten die Vertreter von letzterem diesen Weg auch beschreiten wollen müssen. Waren Lenin und

die Genossen in der Zeit von März bis April 1920 zu einem solchen Kompromiss mit dem Versailler System bereit? Zu welchem Kompromiss? Zu welchen Bedingungen? Auf wessen Kosten? Diese Fragen sind auch sehr wichtig, wenn es darum geht, die Chancen und Fehler der Politik der Westmächte gegenüber Russland und Osteuropa im Jahr 1920 zu bewerten. Diese Fragen lassen sich auch nicht vermeiden, wenn man die Dynamik der internationalen Lage in Europa zwischen April und Oktober dieses Jahres analysiert.

Bis April gelang es den „Alliierten und Assoziierten Mächte“ nicht, in Sachen einer Verständigung mit Moskau eine gemeinsame politische Linie zu formulieren und zu entwickeln, die Polen die Möglichkeit eines selbständigen Handelns entzogen hätte.

Sowjetrussland behielt weiterhin die Möglichkeit, seine eigene Politik gegenüber Polen und dem gesamten Versailler System zu betreiben. Nicht nur, weil es ihm bereits gelungen war, aus dem Bürgerkrieg im Wesentlichen siegreich hervorzugehen, sondern auch, weil seine politischen Ziele und Ambitionen weit über den Horizont des Überlebens hinausgingen und zumindest teilweise von den ideologischen Annahmen der kommunistischen Doktrin bestimmt wurden, die ein mächtiges Instrument in Form des eben noch Russischen Reiches gefunden hatten. Darüber hatten weder Millerand noch Wilson noch Lloyd George irgendeine Kontrolle. Die Reichweite der Versailler Ordnung, die sie geschaffen hatten, endete mit Russland. Sie wollten sie nach ihren eigenen Prioritäten und Vorstellungen ausbauen, kamen aber damit nicht zurecht oder waren überhaupt nicht in der Lage dazu. Im April 1920 sollte unter Beteiligung Moskaus und Warschaus über die Zukunft der Ostgrenze des Versailler Systems und sogar über dessen Existenz entschieden werden.